

Neujahrsempfang der Universitätsstadt Tübingen
Freitag, 17. Januar 2025

Neujahrsrede von Oberbürgermeister Boris Palmer
Es gilt das gesprochene Wort.

Begrüßung

Laudatio und Verleihung der Hölderlin-Plakette

Das Thema des heutigen Abends ist das Sparen. Daher werden nicht wie in früheren Jahren zwei oder drei Plaketten verliehen, sondern nur noch eine. Auch Uhland wird eingespart, nur noch Hölderlin kommt zum Zuge: Die Hölderlin-Plakette zeichnet Persönlichkeiten aus, die sich über einen langen Zeitraum für die Universitätsstadt Tübingen und ihre Bürgerinnen und Bürger herausragend engagiert haben, und wird vom Gemeinderat verliehen.

Für dieses Jahr hat der Rat entschieden, die Hölderlin-Plakette einer Persönlichkeit zu verleihen, die unsere Stiftskirche und mit ihr die Stadt seit rund 20 Jahren zum Klingen bringt. Die Rede ist von Ingo Bredenbach, Kirchenmusikdirektor, Kantor der Tübinger Stiftskirche, Bezirkskantor im Evangelischen Kirchenbezirk Tübingen, promovierter Bach-Experte und Leiter des Tübinger BachChores – einem der aktivsten und an Mitgliedern reichsten Tübinger Konzertchören.

Es ist ein großes Glück für uns, dass Ingo Bredenbach in den 90er-Jahren den Weg nach Tübingen gefunden hat. Denn er brachte nicht nur größtes musikalisches Wissen mit nach Tübingen, sondern auch das richtige Gespür dafür, die Kirchenmusik in unserer Stadt zu verbreiten, sie Menschen jeden Alters auf vielfältige Weise näherzubringen.

Ingo Bredenbach macht es uns leicht, den Zugang zur Musik zu finden. Denken wir nur an fantastische Events wie das Bachfest, an spontane Mitmachaktionen wie das vorweihnachtliche Marktplatzsingen und an die Kantatengottesdienste. Ich bin sicher, viele von Ihnen genießen auch die regelmäßig stattfindenden Gesprächskonzerte und die Konzertreihe „Tübinger Motette“. Gerade die „Tübinger Motette“ ist in Tübingens Samstagabendprogramm kaum mehr wegzudenken. Mit ihr gelingt es Ingo Bredenbach allwöchentlich auf bemerkenswerte Weise, hochkarätig besetzte Konzerterlebnisse für alle kostenlos anzubieten.

Sogar während der Corona-Pandemie konnte durch den Einsatz von Ingo Bredenbach die Motette in verschiedenen Formen ohne Unterbrechungen stattfinden. Damit gelang ihm genau das, wonach sich die Menschen in dieser herausfordernden Zeit gesehnt haben: ihnen ein Stück Normalität und Halt zu geben und sie in der Musik miteinander zu verbinden. Es ist daher sicher nicht übertrieben zu sagen: Ingo Bredenbach ist ein musikalischer Brückenbauer – zur Musik selbst, aber auch zu den Tübingerinnen und Tübingern.

Lieber Herr Bredenbach, Sie machen mit Ihrer Musik unser Leben reicher. Sie prägen das Musikleben unserer Stadt. Sie bringen mit Ihren musikalischen Angeboten nicht nur die Stiftskirche, sondern ganz Tübingen zum Klingen. Als Dank für all das Geleistete wäre ein Konzertsaal sicherlich nicht das schlechteste Geschenk. Leider müssen wir uns auch das noch eine Weile aufsparen.

Ich hoffe aber, Sie können sich auch an der Hölderlin-Plakette erfreuen. Möge diese Plakette Sie daran erinnern, was Sie bisher alles für die Tübinger Kultur geleistet haben, und möge die Plakette Ihnen ein Zeichen unseres Dankes sein. Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Engagement und freue mich sehr, Sie nun mit der Hölderlin-Plakette auszeichnen zu dürfen!

Städtische Finanzen

Haushaltskrisen hat es immer wieder gegeben. Dem legendären und von mir persönlich hoch geschätzten Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel ist bereits aufgefallen, dass der in Zeiten knapper Kassen verbreitete Sprachgebrauch in die Irre führt: „Sparen heißt eigentlich: Geld, das vorhanden ist, nicht ausgeben. Wer Geld, das nicht vorhanden ist, nicht ausgibt, ist kein Sparer.“

Wenn wir jetzt davon reden, dass die Stadt sparen müsse, ist das eigentlich schon eine falsche Analyse. Gespart hat die Stadt in den Jahren von 2012 bis 2023. In dieser Zeit waren Haushaltsüberschüsse die Regel. Die Investitionen konnten ohne Kredite bezahlt werden und am Ende dieser leider vergangenen Zeit hatten wir 70 Millionen Euro auf dem städtischen Sparbuch gesammelt. Im Haushaltsdeutsch nennt sich das Ergebnisrücklage. Nur dank dieser vorausschauenden Haushaltspolitik von Rat und Verwaltung haben wir den rasanten Absturz der kommunalen Finanzen bisher ohne Probleme bewältigt. Leider ist aber am heutigen Tag schon mehr als ein Drittel des Polsters aufgebraucht und Ende nächsten Jahres wird das Sparbuch leer sein.

Weil eine Besserung der Lage überhaupt nicht in Sicht ist, müssen wir jetzt beginnen, die Ausgaben im Haushalt zu verringern und die Einnahmen zu erhöhen. Das Ziel ist nicht zu „sparen“, sondern die laufenden Rechnungen zu bezahlen. Ich glaube, die meisten hier im Saal werden mir bis dahin zustimmen. Doch wie sagte einst Norbert Blüm, der legendäre Sozialminister Helmut Kohls? „Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum.“ Konflikte sind also vorprogrammiert.

In einer Zeit, die ohnehin von schweren Krisen geprägt ist, stellt uns das vor eine große Herausforderung. Demokratie braucht Mehrheiten. Wenn wir uns heillos zerstreiten, sind wir nicht mehr entscheidungsfähig. Wir brauchen also vor allem Verständnis. Verständnis für die Anliegen anderer und

Verständnis für die Sache selbst. Aus diesem Grund möchte ich den heutigen Abend dazu nutzen, mit Ihnen über die Fragen zu sprechen, die mir seit der Veröffentlichung des Haushaltskonsolidierungskonzepts vor knapp zwei Monaten am häufigsten gestellt wurden.

Frage 1: Wie konnte in so kurzer Zeit ein so großes Loch im Haushalt der Stadt entstehen?

Das Haushaltsloch lässt sich mit drei Veränderungen erklären: Erstens stagnieren die Steuereinnahmen. Die Stadt hat im Jahr 2025 etwas weniger Geld zur Verfügung als zwei Jahre zuvor. In der gleichen Zeit sind durch den Tarifabschluss die Personalkosten um zehn Prozent gestiegen und auch die Einkäufe haben sich stark verteuert. Das allein macht eine Lücke von 20 Millionen Euro aus. Und nebenbei ist das der Grund, warum ich die Forderungen der Gewerkschaften, im öffentlichen Busverkehr nochmals acht Prozent und im öffentlichen Dienst auch noch drei zusätzliche Urlaubstage draufzulegen, für unzeitgemäß halte.

Zweitens sind die Sozialausgaben des Kreises, die wir als Stadt über eine Umlage finanzieren, geradezu explodiert. Insbesondere für Bundesteilhabegesetz, Jugendhilfe und Flüchtlingsversorgung müssen in 2025 rund 60 Millionen Euro mehr ausgegeben werden als vor zwei Jahren. Zehn Millionen davon zahlt der Kreis aus eigenen Ersparnissen, vom Rest muss die Stadt 20 Millionen Euro übernehmen. Das summiert sich dann bereits zu einer Lücke von 40 Millionen Euro. Dazu kommen nur noch kleinere Positionen, zum Beispiel Stellenschaffungen bei der Feuerwehr, in den Kitas oder im Ausländeramt. Fertig ist das Haushaltsloch.

Frage 2: War das nicht abzusehen?

Ich habe an dieser Stelle bereits vor zwei Jahren vor einer äußerst schwierigen Entwicklung der Wirtschaft und der öffentlichen Haushalte gewarnt. Und ich war damit nicht allein. Die strukturellen Probleme unseres Landes sind wahrlich nicht neu. Digitalisierung verschlafen, Einwanderung nicht gesteuert, überalterte Gesellschaft, ausufernde Bürokratie, die heimische Schlüsselindustrie abhängig vom Verbrennungsmotor. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine sind ein Energiepreisschock, die Inflation und der Zinsanstieg hinzugekommen. Es ist also nicht überraschend, dass wir finanzielle Probleme haben.

Das Tempo ist allerdings atemberaubend. Ich bin vor einem Jahr noch davon ausgegangen, dass wir eine strukturelle Lücke von 15 Millionen Euro schließen müssten. Dass diese sich auf 40 Millionen Euro erweitert, war jenseits meiner Vorstellungskraft. Die Dynamik der Ausgabensteigerungen durch Bundes- und Landesgesetze habe ich unterschätzt. Ursprünglich war das Haushaltskonsolidierungskonzept so angelegt, dass der Gemeinderat auswählen kann, wo sich Kürzungen am ehesten vertreten lassen. Nun müssen wir leider nahezu alle Vorschläge umsetzen, weil wir selbst dann den Haushalt nur um etwa 20 Millionen Euro verbessern.

Frage 3: Hat die Stadt sich in den guten Jahren übernommen?

Ich würde sagen, wir haben zu viel des Guten getan. Seit dem Jahr 2012 sind die Gesamtausgaben der Stadt um 120 Prozent gestiegen. Auch inflationsbereinigt ist das ein Zuwachs von 80 Prozent.

Das sieht man zum Beispiel in einem Anstieg der städtischen Beschäftigten von 1.500 auf 2.000. Das ging allerdings einher mit einem Zuwachs an Aufgaben und Qualität von öffentlichen Dienstleistungen. Allein für Kinderbetreuung von den ganz Kleinen bis zu den Schulkindern haben wir in den letzten zwölf Jahren 300 neue Stellen geschaffen. Im Ausländeramt oder in der Schulsozialarbeit beschäftigen wir heute doppelt so viele Menschen wie damals.

Vieles, was wir in diesem Zeitraum aufgebaut haben, war vorbildlich und im Land führend. Zum Beispiel sind wir noch immer die einzige Stadt, die pädagogisches Personal in den Gemeinschaftsschulen finanziert. Und der starke Widerstand gegen die Rücknahme dieser Verbesserungen zeigt, dass sie einen erheblichen Mehrwert geschaffen haben. Ja, es gibt auch kleinere Projekte, die nicht unbedingt notwendig waren. Viele waren aber explizite Wünsche des Gemeinderates, der in den vergangenen Jahren mit den Stimmen fast aller Fraktionen den Haushaltsentwurf der Verwaltung jedes Jahr durch mehr Stellen und mehr Ausgaben ergänzt hat. In keinem einzigen Jahr hat der Gemeinderat Ausgabenkürzungen beschlossen. Das entsprach also einem breit getragenen politischen Willen, den wir respektieren und nicht nachträglich entwerten sollten.

Ein weit verbreitetes Missverständnis muss ich an dieser Stelle aufgreifen: Häufig wird versucht, das 40 Millionen Euro tiefe Haushaltsloch durch Verzicht auf Investitionen zu schließen. Wenn es so einfach wäre, hätten wir das sofort gemacht. Das Haushaltsdefizit betrifft aber die laufenden Ausgaben, also jährlich wiederkehrende Posten. Wollte man das durch Verzicht auf Investitionen schließen, müsste man die Stadt dem Verfall überlassen.

Nach dem neuen Haushaltsrecht müssen Investitionen abgeschrieben werden. Im Schnitt verteilen sich die Ausgaben daher auf 30 Jahre. Nehmen wir einmal an, wir hätten den Busbahnhof nicht neu gebaut, den Anlagenpark weiter verrotten lassen und keinen Cent für Radbrücken ausgegeben. Dann hätten wir 40 Millionen Euro weniger städtische Mittel investiert. Das würde den Haushalt durch Abschreibung, Zins und Tilgung nicht einmal um drei Millionen Euro entlasten. In die Zukunft geblickt: Wir müssten die kommenden zehn Jahre auf jede Investition verzichten, um die Belastung des Jahresergebnisses um den Zielwert von 40 Millionen Euro zu verringern. Wir müssten zum Beispiel die Uhlandhalle, die für zehn Millionen Euro saniert oder neu gebaut werden muss, ersatzlos schließen. Das ist offensichtlich keine vernünftige Option. Wir dürfen die Stadt nicht kaputtsparen. Unser Problem sind die laufenden Ausgaben, nicht die Investitionen.

Frage 4: Sollten wir einen Bürgerhaushalt aufstellen?

Bürgerbeteiligung wird in Tübingen großgeschrieben und intensiv praktiziert. Einen Bürgerhaushalt haben wir bisher aber nicht. Würde uns das helfen? Ich habe in den letzten Wochen eine Vielzahl von Briefen aus der Bürgerschaft und von Betroffenengruppen erhalten, von denen ich einige zitieren möchte, die als exemplarisch gelten können:

Das Kollegium einer Schule schreibt: „Die Schulsozialarbeit und die Gruppenpädagog:innen sind kein ‚Extraservice‘, sondern eine unersetzliche Hilfe für Kinder und Familien, die auf diese Unterstützung angewiesen sind. Gerade nach den Belastungen der Pandemie dürfen wir die Schülerinnen und Schüler nicht im Stich lassen. Heute zu sparen bedeutet, morgen mit noch größeren Kosten und

Problemen konfrontiert zu werden. Wir appellieren dringend an Sie: Lassen Sie es nicht zu, dass ausgerechnet bei Kindern und Jugendlichen gespart wird.“

Verdi und DGB protestieren: „Die chronische Unterfinanzierung der Kommunen ist nichts Neues. Zusätzliche Aufgaben werden vom Bund und dem Land auf die Kommunen ohne ausreichende Gegenfinanzierung übertragen. Unter dem Druck klammer Kassen trommeln aktuell viele Bürgermeister*innen für die Kürzung der Personal- und Sozialausgaben. Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg.“

Die Personalvertretung gibt zu bedenken: „Wir sind uns der angespannten wirtschaftlichen Lage bewusst, trotzdem stehen wir der geplanten Einsparungsmaßnahme, die Abfallentsorgung aus der öffentlichen Hand abzugeben, sehr kritisch gegenüber. Denn bei dieser Maßnahme geht es nicht nur um die Mitarbeiter der Müllabfuhr. Die Personalvertretung KST ist strikt gegen die Pläne der Stadtverwaltung, die Aufgaben der Müllabfuhr an den Landkreis zu übertragen.“

Eine Busnutzerin ärgert sich: „Ein Bus pro Stunde ist für diejenigen, die arbeiten, zur Schule oder zur Universität gehen oder kleine Kinder in der Krippe oder im Kindergarten haben, inakzeptabel. Ich verstehe die Notwendigkeit, den Haushalt zu kürzen, aber die von Ihnen vorgenommene Senkung der Bus-Frequenz wird mit Sicherheit zu einem Rückschritt führen, in unserem Fall werden wir uns ein Auto kaufen müssen (das dann mit Benzin betrieben werden muss). Der Mangel an Konsistenz in der öffentlichen Politik verringert die Glaubwürdigkeit, das Vertrauen und die Wählerstimmen.“

Der Freundeskreis des Zimmertheaters schreibt: „Als Freundeskreis sind wir entsetzt über die Höhe der vorgeschlagenen Kürzungen. Mit einer so radikalen Sparmaßnahme wird das Zimmertheater in seiner Existenz bedroht.“

Der Tübinger Schwimmverein kommt zu folgendem Fazit: „Eine allein auf der Grundlage der gegenwärtigen Haushaltslage getroffene Entscheidung für einen Switch zu einer Zentralbadvariante greift für die kommenden Jahrzehnte zu kurz. Der TSV spricht sich für eine Weiterplanung des Hallenbads Süd in der bisherigen 50m-Variante aus. Das Hallenbad Nord muss aus oben genannten Gründen erhalten bleiben.“

Das sind alles wohlbegründete Texte. Aber es ist kein einziges Schreiben bei mir eingegangen, das sich für irgendeine Kürzung einer Ausgabe der Stadt ausgesprochen hat. Ich denke, man darf das auch nicht verlangen. Jede Interessengruppe hat berechtigterweise ihr eigenes Anliegen zuerst im Blick. Die Abwägung zwischen den mannigfaltigen Bedürfnissen einer Stadtgesellschaft ist hochkomplex. Sie kann am besten vom gewählten Gemeinderat getroffen werden. Er hat den Überblick und ist dem Gemeinwohl verpflichtet. Ein Bürgerhaushalt hilft uns nicht weiter.

Frage 5: Was sind die Ziele der Haushaltskonsolidierung?

Die Kommunen in Baden-Württemberg stehen unter einer vergleichsweise strengen Finanzaufsicht. Laut Gesetz sind wir verpflichtet, den Haushalt auszugleichen, das heißt nicht nur die laufenden Ausgaben zu finanzieren, sondern auch die Abschreibungen. In Krisenzeiten kann davon geringfügig

abgewichen werden, dadurch entstehende Defizite müssen jedoch in einem Zeitraum von wenigen Jahren wieder ausgeglichen werden. In einem konjunkturellen Abschwung hilft das. In einer Strukturkrise, die wir heute beklagen müssen, verlagert man das Problem aber nur in die Zukunft. Wir müssen also jetzt den Haushalt ausgleichen.

Würden wir uns dieser Aufgabe verweigern, hätte das Regierungspräsidium als Aufsichtsbehörde scharfe Schwerter zur Verfügung. Es könnte zum Beispiel die Aufnahme von Krediten verbieten, sodass wir sehr schnell gezwungen wären, alle Investitionsvorhaben zu stoppen. Im Extremfall verliert die Stadt die Kontrolle über ihre Finanzen. Die Befugnisse des Regierungspräsidiums reichen bis zur Entsendung eines Haushaltskommissars. Dieser würde dann strikt nach formalen Kriterien entscheiden, welche Ausgaben gestrichen werden.

Das Haushaltsrecht differenziert hier zwischen gesetzlichen Pflichtaufgaben und Freiwilligkeitsleistungen. Die gute Nachricht: Schulen und Kitas sind Pflichtaufgaben, ihr Betrieb ist nicht gefährdet. Die schlechte Nachricht: Die gesamte Kulturfinanzierung ist freiwillig und würde komplett gestrichen. Keine Stadtbibliothek, keine Kunsthalle, kein Zimmertheater, kein Stadtmuseum mehr. Auch die vielen Zuschüsse an Vereine und Initiativen vom Musikverein Hagelloch bis zur Beratungsstelle für ältere Menschen – alles freiwillig und damit zur Disposition gestellt. Busverkehr, Hallenbäder, Volkshochschule – alles freiwillig.

Wenn Rat und Verwaltung nun schmerzhaft Einschnitte beschließen, dann findet das in einem transparenten Verfahren statt und die vielfältigen Interessenlagen in der Stadt können inhaltlich abgewogen werden. Damit vermeiden wir eine Rosskur, die uns den Einfluss auf die ureigenen Angelegenheiten rauben würde und weitaus schlimmere Folgen hätte. Das Hauptziel der Haushaltskonsolidierung ist also, heute und in Zukunft handlungsfähig zu bleiben.

Frage 6: Können wir das Klimaschutzziel noch erreichen, wenn jetzt so viel Geld fehlt?

Die bedauerliche und direkte Antwort: Nein, wir werden bis 2030 nicht klimaneutral sein. Das hat viele Ursachen, wie uns ein Gutachten gerade erst aufgezeigt hat. Aber eine wesentliche ist, dass wir die notwendigen Investitionen nicht mehr finanzieren können. Ein Beispiel ist die Umstellung des TüBus auf elektrische Antriebe. Die Technik ist mittlerweile ausgereift. Elektrobusse sind in Wohngebieten die idealen Transportmittel: platzsparend, leise und abgasfrei. Wir hatten sogar schon Fördermittel des Bundes für die Anschaffung von 48 Bussen eingeworben. Das hätte genügt, um den letzten Dieselbus im Jahr 2030 auszurangieren und dank der Ökostromproduktion unserer Stadtwerke zum klimaneutralen Stadtverkehr zu werden.

Nun mussten wir die Förderung für zehn Busse zurückgeben, weil wir die notwendigen Eigenmittel von fünf Millionen Euro für die Anschaffung der Fahrzeuge nicht mehr bereitstellen können. Das ist bedauerlich, aber wir müssen darüber nicht verzweifeln. Wir sind auf dem richtigen Weg, die Weichen sind gestellt und wir werden das Ziel erreichen, aber nicht mehr am Anfang, sondern voraussichtlich in der Mitte der 30er-Jahre. Für das Weltklima macht das keinen Unterschied, nur für uns. Wir tragen länger zur Erhitzung des Planeten bei, als wir angesichts unseres Anteils an den historischen Emissionen gerechterweise vertreten können. Aber Klimaschutz ist eine globale Aufgabe.

Wenn wir so schnell vorausgehen, dass wir uns ruinieren, werden andere Länder uns eher bedauern als uns folgen. Klimaschutz vor Ort muss universalisierbar sein. Global denken und lokal handeln heißt deswegen auch, die wirtschaftliche Tragfähigkeit und die soziale Akzeptanz im Blick zu halten.

Frage 7: Könnten nicht die Reichen die Zeche bezahlen?

Ob eine Milliardensteuer oder eine Vermögensteuer unsere Probleme lösen können, lasse ich bewusst ganz offen. Tatsache ist aber: Nicht einmal die sozialdemokratischen Kanzler Schröder und Scholz haben irgendetwas davon einführen können. Im nächsten Bundestag haben Parteien mit solchen Steuern im Programm nach allen Umfragen nur ein Drittel der Sitze. Das wird also nicht kommen. Und auf der kommunalen Ebene fehlt uns hier einfach das Zugriffsrecht. Man kann das wollen, aber es geht nicht.

Eine Form des Vermögens können wir aber durchaus selbst besteuern: das Grundvermögen. Wer Grund und Boden hat, profitiert am meisten von den Leistungen einer Gemeinde. Nur weil Tübingen sich als Wohn- und Arbeitsort so herausragend entwickelt hat, haben sich die Immobilienvermögen in der Stadt seit 2010 mehr als verdoppelt. Im Jahr 2010 kostete eine Bestandswohnung im Schnitt 1.900 Euro pro Quadratmeter. Jetzt sind dafür 4.500 Euro fällig. Das entspricht einer Wertsteigerung der Wohngebäude in Tübingen von mehr als zehn Milliarden Euro. Das Grundsteueraufkommen liegt demgegenüber bei 20 Millionen Euro pro Jahr.

Nun ist die neue Grundsteuer schon ein abendfüllendes Thema. Mir fehlt heute die Zeit, Sie davon zu überzeugen, dass die alte Grundsteuer himmelschreiend ungerecht war und zu Recht vom Verfassungsgericht verworfen wurde. Wer jetzt mehr zahlen muss, war über Jahrzehnte auf Kosten anderer bevorzugt. Klar ist aber: Die Grundsteuer hat keine leistungsfeindlichen Elemente wie die Konsumsteuern oder die Lohnsteuern. Sie schadet nicht der Wirtschaft wie eine höhere Gewerbesteuer. Sie trifft Vermögende viel stärker als Arme.

Natürlich hat mich auch hierzu ein Schreiben erreicht, in diesem Fall des Haus- und Grundbesitzerverbands. Zitat: „Die Erhöhung der Grundsteuer steht im krassen Gegensatz zu dem angeblichen Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Eine immer höhere Belastung des Wohnens durch die öffentliche Hand kann keine Lösung sein.“

Wir kennen das Muster schon: Nichts ist eine Lösung. Im konkreten Fall ist der Einwand auch unbegründet: Pro Quadratmeter Wohnfläche beträgt die Grundsteuer heute etwa 40 Cent im Monat. Selbst eine Erhöhung um ein Viertel würde nur 10 Cent ausmachen. Vergleichen Sie das bitte mit Ihrer letzten Mieterhöhung.

Wenn wir denjenigen, die auf städtische Leistungen und Angebote angewiesen sind, so harte Kürzungen zumuten müssen, dann scheint es mir nur gerecht, auch diejenigen an den Schmerzen zu beteiligen, die davon kaum betroffen sind. Die Grundsteuer ist als kommunale Steuer auf das Grundvermögen dazu geeignet. Ich werde daher dem Gemeinderat vorschlagen, verbleibende Lücken im Haushalt durch eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes zu schließen.

Und ja, eine Steuererhöhung bedeutet, dass die Menschen nachher weniger Geld in der Tasche haben. Die Politik hat mit Inflationsausgleichs- und Corona-Prämien die Illusion geschaffen, niemand müsse für die Krisen unserer Zeit bezahlen, außer vielleicht unsere Kinder. Ich finde, wir sollten uns da nichts mehr vormachen. Der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine, die Pandemie und der Strukturbruch in der Industrie haben unser Land mehr als tausend Milliarden Euro gekostet. Diese Last müssen wir abtragen und das bedeutet ganz einfach finanzielle Einbußen für alle.

Frage 8: Was kommt jetzt auf uns zu?

Bis hierhin habe ich die Schwierigkeiten betont. Sie sollten auch nicht unterschätzt werden. Gleichwohl bin ich sicher, dass Tübingen auch eine lebenswerte Stadt bleibt, wenn wir fünf Prozent der laufenden Ausgaben und drei Prozent der Personalstellen streichen und die Steuern pro Kopf und Monat um 15 Euro erhöhen. Das ist nämlich etwa die Dimension des Haushaltskonsolidierungskonzepts, das dem Gemeinderat vorliegt. So gravierend das für einzelne Aufgaben und Gruppen sein mag, so sicher ist auch, dass die Stadt das insgesamt gut verkraften wird. Tübingen war auch 2012 eine durchaus schöne Stadt und auch nach den geplanten Kürzungen und Steuererhöhungen wird das Niveau der städtischen Leistungen in Summe weit über dem des Jahres 2012 liegen. Wenn wir die Müllabfuhr nicht mehr durch einen städtischen Betrieb, sondern durch den Landkreis erledigen lassen, fallen wir nur auf das Niveau von Rottenburg oder Dußlingen zurück. Das sind, wie die Kollegen hier im Saal bestätigen werden, durchaus lebenswerte Gemeinden, in denen der Müll keinesfalls zum Himmel stinkt.

Das zeigt, dass unser Problem eigentlich darin liegt, dass wir den Rückwärtsgang einlegen müssen. Wir sind es gewohnt gewesen, jedes Jahr mehr zu machen und die Standards zu verbessern. Diese Zeit ist vorbei. Wir müssen Menschen etwas wegnehmen, an das sie sich gewöhnt haben. Die daraus entstehenden Ansprüche zurückzuschneiden ist eine der härtesten Aufgaben, die es in der Kommunalpolitik gibt. Wer von Ihnen hat die Stimme bei der letzten Gemeinderatswahl mit dem Auftrag verbunden, Ihre persönliche Steuerlast zu erhöhen und Angebote, die Sie nutzen, zu streichen? Sie finden dazu auch nichts in den Wahlprogrammen der Gemeinderatslisten. In der Demokratie verspricht man den Wählern eben ungern, dass es ihnen bald schlechter gehen wird.

Wenn die Lage aber so ist, wie ich es geschildert habe, hilft nur eins: zusammenstehen. Ich habe volles Vertrauen in unseren Gemeinderat. Er wird mit der Unterstützung der Verwaltung die notwendigen Beschlüsse fassen, um den Haushalt in Ordnung zu bringen. Niemand ist verpflichtet, sich über höhere Steuern oder den Verlust eines städtischen Angebots zu freuen. Aber wir sollten dem Gemeinderat den Rücken stärken und am Ende die Entscheidungen, die er trifft, mittragen. Demokratie muss auch gelebt werden, wenn die Zeiten schwieriger sind. Das wünsche ich uns allen für das kommende Jahr.